

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerter der Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis 10 Pf. — Anzeigenpreis 10 Pf. — Anzeigenpreis 10 Pf.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angabenpreis für die Anzeigenblätter: 10 Pf. — Anzeigenpreis 10 Pf. — Anzeigenpreis 10 Pf. — Anzeigenpreis 10 Pf.

Verleger: Carl Auer, Leipzig. — Inhalt: Die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. — Postfach-Route: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 280

Mittwoch, den 30. November 1932

27. Jahrgang

Schleicher oder Papen?

Entscheidung des Reichspräsidenten erst am Mittwoch — Schleichers Bemühungen — Abgabe der Nationalsozialisten

Auflösung oder Vertagung?

Berlin, 28. Nov. Die innerpolitische Lage hat sich im Laufe des heutigen Vormittags entscheidend geändert. Die Nationalsozialisten haben den für heute in Aussicht genommenen Besuch der Abgeordneten Straßer und Fried bei dem Reichswehrminister von Schleicher abgelehnt. Als Grund nimmt man in politischen Kreisen an, daß sich die nationalsozialistische Richtung innerhalb der Partei, die unter seinen Umständen zum Passieren bereit ist, durchgesetzt hat. Die schroffe Ablehnung von Besprechungen wird nicht ohne Rückwirkungen auf die Kandidatur Schleichers sein, die stark im Vordergrund stand, zumal der Reichswehrminister das Amt des Reichskanzlers nur mit großen inneren Widerständen zu übernehmen bereit war. Diese Einstellung Schleichers ist jetzt ohne Zweifel verstärkt worden und man rechnet in politischen Kreisen damit, daß es zu einer Wiederernennung des Reichskanzlers von Papen kommen wird, wobei dann eine Reihe von Mitgliedern des jetzigen Kabinetts ausgewechselt würde. Das neue Kabinett würde in einer Kampfstellung zum Reichstag stehen und man nimmt an, daß nichts anderes übrigbleiben wird, als den Reichstag mit Hilfe des Artikels 48 auf eine Dauer von sechs Monaten auszuschalten. Darüber hinaus wird sogar, und mit noch größerer Wahrscheinlichkeit, auf die Möglichkeit einer erneuten Auflösung des Reichstages hingewiesen. Eine neue Konferenz bei dem Herrn Reichspräsidenten ist bereits für heute zu erwarten und man nimmt an, daß das Ergebnis die Beauftragung von Papens sein wird.

Schleicher verhandelt weiter

Zu den Meldungen über die veränderte Lage infolge der nationalsozialistischen Abgabe an Schleicher erhalten wir bei Redaktionsschluss folgende Meldung, die den Dingen wieder ein anderes Gesicht gibt: Berlin, 29. Nov. Während der Mittagsstunden wird von zuverlässiger Seite betont, daß die Meldung eines Berliner Mittagsblattes, als sei die Entscheidung bereits für Herrn von Papen gefallen, irrtümlich ist. Damit würde die Darstellung bestätigt, daß alles noch von der Entscheidung des Reichspräsidenten abhängt. Dies ist nicht mehr für heute, sondern wohl erst für morgen zu erwarten. Von unterrichteter Seite wird noch hinzugefügt, daß die Besprechungen des Generals von Schleicher noch weitergehen. Diese Aussicht ist vielleicht damit in Verbindung zu bringen, daß Minister Fried mit seiner heutigen Abgabe der Besprechung zu Dritt, die Mitteilung verbunden hat, daß Verhandlungen nur von Adolf Hitler geführt werden könnten. Steht Adolf Hitler zu einer Besprechung zur Verfügung, so wäre es möglich, daß General von Schleicher unter Umständen morgen vormittag erst noch mit ihm spricht. Das könnte auch die Verzögerung in der Entscheidung des Reichspräsidenten erklären.

Die gefrigen Besprechungen Schleichers

Berlin, 28. November. General von Schleicher hat seine Fällungsname mit einer Reihe von Persönlichkeiten des wirtschaftlichen und politischen Lebens heute fortgesetzt und diese Besprechungen werden auch morgen weitergehen. In politischen Kreisen wird die überaus kostliche Darstellung viel beachtet, die die freien Gewerkschaften von dem Empfang ihrer Vertreter Leipzig und Eggert beim Reichswehrminister gegeben haben. Ob die Besprechungen auch mit den christlichen Gewerkschaften schon stattgefunden hat, läßt sich im Augenblick nicht feststellen, da der Vertreter dieses Gewerkschaftsbundes, Bernhard Otte, nicht in Berlin zu sein scheint. Dagegen hat General von Schleicher auch schon mit führenden Kreisen der Arbeitgeber Fällung genommen. Vielleicht lassen sich die Besprechungen so erklären, daß es sich immer mehr als unmöglich herausstellt, im Reichstag eine Mehrheit zu finden, die eine neue Reichsregierung durch tätige Mitarbeit unterstützen oder zum mindesten tolerieren würde. Dann würde es notwendig sein, die Basis des kommenden Präsidialkabinetts durch eine engere Verbindung auch mit anderen als nur parlamentarischen Kräften zu verstärken. Es legt sich immer mehr die Auffassung durch, daß es in den nächsten schweren Monaten vor allem darauf ankommt, alle Anstrengungen auf die Besserung der wirtschaftlichen Lage und die Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu konzentrieren und so dürfen auch in den Besprechungen des Generals von Schleicher nach der sachlichen Seite hin die wirtschaftlichen Fragen die Hauptrolle spielen.

Am Montagabend hatte der Reichswehrminister auch noch eine sehr lange Aussprache mit dem Präsidenten Kassa. Die Aussprache — die wir gleich im Zweifel gezogen hatten —, daß diese Unterhaltung zwecks am Sonntagabend gewesen sei, hat sich

also als unrichtig erwiesen. Im Laufe des Dienstag wird auch eine Besprechung mit zwei führenden Persönlichkeiten der NSDAP stattfinden. Erst dann wird der Reichswehrminister einen abschließenden Überblick über die Situation haben. Es ist in Aussicht genommen, daß darauf eine neue Konferenz beim Reichspräsidenten gleich der vom letzten Sonnabend folgt. Sie wird wahrscheinlich nicht morgen, sondern erst am Mittwoch möglich sein. Von ihr wird die Entscheidung des Reichspräsidenten abhängen, jedoch also Mitte der Woche über die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers Klarheit zu erwarten ist. Bisher haben die Besprechungen des Reichswehrministers sich offiziell auf der Basis eines neuen Kabinetts Papen bewegt. Die Aussichten für die praktische Verwirklichung dieses Gedankens haben sich aber auch nach der Stimmung in den Kreisen der Wirtschaft zumindest nicht gebessert und so steht nach Auffassung gut unterrichteter politischer Kreise als wahrscheinlichste Lösung auch heute abend ein Kabinett Schleicher im Vordergrund. Man kann wohl annehmen, daß auch dieser letzte Ausweg in den augenblicklichen Besprechungen bereits erörtert wird. Übrigens haben auch Staatssekretär Reichner und Reichskanzler von Papen in den letzten Tagen Unterhaltungen mit einer Reihe von Persönlichkeiten gehabt, die wohl außerhalb des parlamentarischen Betriebes stehen. Dadurch wird der Eindruck verstärkt, daß die hauptsächlichste Bedeutung bei den Besprechungen liegt, die der Heranziehung außerparlamentarischer tragender Volksträfte zur Ummauerung der Regierungsbasis dienen.

Hanfabrik für Papen-Programm

Hamburg, 28. Nov. Auf einer Tagung des Präsidiums des Hanfabrikanten sprach Präsident Dr. Fischer vor mehreren Hundert Hamburger Wirtschaftlern und Vertretern des Senats. Dr. Fischer unterstrich sehr stark, daß die Minister Rede des Reichskanzlers von Papen ein historischer Augenblick gewesen sei, weil zum ersten Male wieder eine Reichsregierung erkannt habe, daß es nicht ihre Aufgabe sei, die Not lediglich zu verwalten, sondern sie zu meistern auf dem Wege der freien Entscheidung der unternehmerischen Kräfte. Man müsse mit aller Entschiedenheit fordern, daß die Grundsätze des Papenischen Wirtschaftsprogramms auch die wirtschaftspolitischen Leitgeden der kommenden Reichsregierung würden. Dr. Fischer kam in diesem Zusammenhang auf die bekannte Rundfunkrede des Reichswehrministers von Schleicher zu sprechen, in der dieser damals sagte, die Reichswehr wolle keine überkommenen Wirtschaftsformen schützen und erklärte hierzu, daß jeder Bürger, der auf die deutsche Reichswehr stolz sei, nur bringen wüßte, daß diese sich nicht in die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen individualistischer und kollektivistischer Wirtschaft einmische. Der Redner betonte, daß zweifellos ein gewisser Auftrieb in der Wirtschaft zu bemerken sei, daß nun aber alles auch darauf ankomme, daß die Wirtschaft nicht mehr ständig von der Politik gehortet werde.

Zeichen der Besserung

Steigende Beitragseinnahmen der Invalidenversicherung Berlin, 28. Nov. Neben den Krankenkassen melden auch die Bundesversicherungsanstalten seit den Sommermonaten ein jeweiliges Ansteigen der Beitragseinnahmen als deutliches Zeichen einer Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Es sind im Juli dieses Jahres 51,3 Mill. Reichsmark Beiträge zur Invalidenversicherung eingegangen, im August 52,3 Mill. RM., im September 55,1 und im Oktober 56,9 Mill. RM. Die Beitragseinnahmen waren also im Oktober um 5,6 Mill. RM. höher als im Juli. Da Beitragserhöhungen nicht vorgenommen worden sind, muß also die Zahl der Arbeitnehmer entsprechend gestiegen sein.

Reinstellungen in Schlesien

Breslau, 28. Nov. In Nieder- und Oberschlesien sind vom 20. bis 26. November 1267 Arbeitskräfte neu eingestellt worden.

Uebertritte zu den Deutschnationalen

Berlin, 28. Nov. Die deutschnationale Presse teilt mit: Die beiden Abgeordneten des Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes, Freyherr von Stauffenberg und Haag, und der auf der Liste des Thüringer Landbundes gewählte Abgeordnete Wicht sind der deutschnationalen Reichstagsfraktion beigetreten.

Die Besprechungen des Reichswehrministers mit Vertretern des ADGB.

Berlin, 28. November. Wie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mitteilt, hat Reichswehrminister von Schleicher heute vormittag Vertreter des Vorstandes des ADGB zu sich gebeten. In der Besprechung, an der Velpart und Eggert teilnahmen, wurden die vorrangigsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen erörtert. Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Bereich öffentlicher Arbeiten bezeichnet und außerdem erneut die Aufhebung der Lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September gefordert. Sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Stiehlung eingesetzt.

Dr. Breitscheid beim Reichswehrminister

Berlin, 28. November. Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgende Mitteilung: „Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitscheid, folgte am Montagmorgen einer Einladung des Reichswehrministers von Schleicher zu einer politischen Aussprache. Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß eine Veränderung in der Haltung der Sozialdemokratischen Partei nicht eingetreten ist und auch nicht zu erwarten ist.“

Die belgischen Wahlen

Brüssel, 28. Nov. Die neue Kammer wird sich aus 79 Katholiken, 73 Sozialisten, 24 Liberalen, 6 Frontisten und 3 Kommunisten zusammensetzen. Die Katholiken haben 3, die Sozialisten 3 und die Kommunisten 2 Siege gewonnen, die Liberalen 4, die Frontisten 2, die übrigen Parteien 2 Siege verloren.

Kommunistische Demonstrationen in Berlin

Ein Schaufenster eingeworfen Berlin, 29. Nov. In verschiedenen Stadtteilen Berlins wurden in den Abendstunden des Montag von unbekanntem Täter, vermutlich Kommunisten, insgesamt elf Schaufenster von Scherl- und Ulstein-Fillialen durch Steinwürfe zertrümmert. Die Steine waren in Packpapier gewickelt, das die Aufschrift trug: Nieder mit dem Verbot der roten Fahne! Heraus zum Massenstreik! Mit unbrechender Dunkelheit versuchten ebenfalls in verschiedenen Stadtteilen die Kommunisten Demonstrationen zu bilden. Die Polizei schritt überall ein und nahm einige Verhaftungen vor.

Weihnachtsbäume in Rußland verboten

Moskau, 28. Nov. Das Innenkommissariat Groß-Rußlands bestätigte das alte Verbot über die Fällung und den Verkauf von Weihnachtsbäumen. Alle Personen, die beim Fällen von Weihnachtsbäumen betroffen werden, sollen bestraft werden, und zwar entweder mit 300 Rubel Geldstrafe oder mit zwei Monaten Gefängnis als Mindeststrafe.

Der Austritt des Warenhausverbandes aus der Hauptgemeinschaft

Berlin, 28. Nov. Der Vorstand und die Generalversammlung des Warenhausverbandes haben heute den Austritt aus der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels einstimmig gebilligt. — Der Warenhausverband nimmt von jetzt ab die Interessen seiner Mitglieder bei den Behörden und bei der Öffentlichkeit als Spitzenverband selbstständig wahr. Er ist auch zu weiterer Zusammenarbeit mit dem übrigen Einzelhandel in dem bestehenden Sonderausschuß für Wettbewerbsfragen unter der Voraussetzung bereit, daß er in Zukunft in diesem Ausschuß durch eine eigene Delegation vertreten sein kann.

Neuer Hungermarsch auf Washington

Washington, 28. Nov. Von verschiedenen Orten der Vereinigten Staaten aus haben sich heute etwa 800 Hungerdemonstranten und Kommunisten in Richtung Washington in Bewegung gesetzt. Sie bilden die Vorhut von mehreren Tausend Vertretern von Arbeitslosen, Kriegsteilnehmern und Farmern, die ihnen nach Washington folgen